

**Änderungsantrag zum Antrag des Kreisvorstandes zur Mitgliederversammlung der FDP  
Frankfurt am Main am 13.6.2021**

**Antragsteller:** Hans-Joachim Otto, Nicola Beer, Dr. Gerd Häusler, Wolfgang Weyand, Prof. Dr. Frank Louwen, Ina Klemm, Dr. Burkhard Bastuck, Marlott Fenner, Rainer Venino, Florian Möller, Katharina Schreiner, Michael Ruiss, Torsten Leidig, Michael Rubin, Robert Birnbaum, Volker Stein, Elke Tafel-Stein, Prof. Dr. H.-C. Salger, Thomas Kremer, Sabine Otto-Just, Tillmann Rüther, Dr. Reimar Witzel, Martin Joppen, Ingrid Häußler, Kai Vollbrecht, Bernhard Reiter, Dr. Ina Gienow, Constantin Kerkfeld, Thomas Sauer, Sylvia Hauptmann, Martin Feickert, Maximilian Hunzinger, Dr. Michael Lepach, Georg Wässä, Vijay Vankadari, Linus Vollmar, Jürgen Conzelmann, Lorenzo Giannetti, Bettina Hesch, Dr. Volker Burkhardt

1. Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen, den Antrag des Kreisvorstandes wie folgt zu ändern: In Zeile 14 (= Zeile 5 von Punkt 3) werden die Worte „mit der Maßgabe“ gestrichen.
2. In Zeile 16 (= Zeile 7 von Punkt 3) wird das Wort „zustimmen“ ersetzt durch „mit der Maßgabe zustimmen, dass die Erklärung dem Koalitionsvertrag vorgeht, als und soweit Erklärung und Koalitionsvertrag voneinander abweichen sollten.“
3. Nach Zeile 19 wird ein neuer Punkt 4 wie folgt angefügt:  
„Die FDP Frankfurt am Main stellt abschließend klar, dass sie keine Abrede mitträgt, wonach die Durchsetzung geltenden Rechts in irgendeiner Weise eingeschränkt werden könnte.“

**Damit würde die geänderte Fassung des Antrages des Kreisvorstandes wie folgt lauten:**

**Geänderter Antrag des Kreisvorstandes zur Mitgliederversammlung 1309.06.2021**

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die Kreismitgliederversammlung nimmt den Bericht des Verhandlungsteams zum Verlauf und dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen und der weiteren Gespräche zwischen den Grünen, der SPD, der FDP und Volt zur Kenntnis.
2. Die Kreismitgliederversammlung nimmt des Weiteren die Ausführungen des Verhandlungsteams zur Kenntnis, inwieweit der vorliegende Entwurf eines Koalitionsvertrages vom 21.05.2021 und der weiteren Erklärung dazu vom 05.06.2021 die Forderungen des FDP-Wahlprogramms, die Forderungen des Wahlaufrufs vom 11.03.2021 (12-Punkte für einen neuen Aufbruch in Frankfurt), den Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 26.04.2021 sowie den Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 26.05.2021 umsetzt.

3. Die FDP Frankfurt am Main stimmt dem Entwurf eines Koalitionsvertrages „Ein neues Frankfurt gestalten – Koalitionsvertrag 2021-2026“ („Koalitionsvertrag“) vom 21.05.2021 sowie der Erklärung zum Koalitionsvertrag vom 21.05.2021 vom 05.06.2021 („Erklärung“) im Gesamtpaket zu und tritt damit in eine Koalition mit den Grünen, der SPD und Volt für die Wahlperiode 2021-2026 ~~mit der Maßgabe und~~ unter der Bedingung ein, dass auch die Grünen, die SPD und Volt – sofern nicht bereits erfolgt – sowohl dem Koalitionsvertrag als auch der Erklärung als jeweils gleichrangige und verbindliche Vereinbarungen mit der Maßgabe zustimmen, dass die Erklärung dem Koalitionsvertrag insoweit vorgeht, als und soweit sie voneinander abweichen sollten.

3.4. Die FDP Frankfurt am Main stellt abschließend klar, dass sie keine Abrede mitträgt, wonach die Durchsetzung geltenden Rechts in irgendeiner Weise eingeschränkt werden könnte.

**Begründung:**

Mit dem Änderungsantrag wird der Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.5.21 in Zeilsheim in zwei wesentlichen Punkten umgesetzt:

- A) Das Ergebnis aus den Nachverhandlungen des Verhandlungsteams ist maßgebliche Grundlage für die angestrebte Koalition in Gänze und verändert bzw. erweitert den Koalitionsvertrag in den von der Mitgliederversammlung geforderten Punkten Haushalt, Mobilität und Rechtsstaatlichkeit.
- B) Die FDP steht als Rechtsstaatspartei stets für die Durchsetzung geltenden Rechts. Daran darf auch vor dem Hintergrund der Diskussion um Nebenabreden, ob und in welcher Form sie erfolgt sind, kein Zweifel sein.